

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnement vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5147 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Zimmer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Höfstrasse 16.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 8803.

Zusatzgebühr
für die sechspaltige Kolonnhälfte oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der Festtag der Republik

Am 9. November jährt sich zum vierten Male der Geburts- der deutschen Republik. Geburtstage pflegt man mit der- lang und fröhlichem Wort zu begehen. Auf solche auch dieses Jahr den 9. November zu feiern, dürfte der- weislich Neigung vorhanden sein. Die Trostlosigkeit der- wirtschaftlichen und sonstigen Lage läßt Fröhlichkeit nicht- kommen, und bei den neuesten Freunden der Republik, bei den sozialistischen Arbeitern, dämpft die grimmige Frau- Sorge das Frohgefühl. Indessen, alle Mühseligkeit vermag die- Treue der Arbeiterschaft zur Republik nicht zu beeinträchtigen, noch ihr Hochgefühl am 9. November zu mindern. Denn er- bleibt für sie trotz alledem und alledem der einzige des Feierns- werte Tag. Ihr einziger nationaler Fest- und Freudentag. Sie hat keinen andern. In der Tat.

Man mag in seiner Erinnerung oder in der deutschen- Geschichte so weit wie nur immer zurückblättern, man wird kein- Geschehnis finden, das die sozialistische Arbeiterschaft freudiger- stimmen könnte, als das des 9. November. Nicht daß die monarchische Zeit arm an Begebenheiten oder Festen gewesen wäre. Kriege, Gewalttätigkeiten, Paraden, Schlachten- feiern und dynastische Gedenktage haben sich förmlich über- stürzt. Daß sie dem Seelentriebe des arbeitenden Volkes ent- sprungen wären, wird niemand behaupten. Sie galten nicht der- Geistesfreiheit, dem Mannesstolz, der Menschenwürde, sondern waren zu Lob und Preis des Gottesgnadentums, der- Ständeherrschaft, des Militarismus veranstaltet. Die herr- schende Sippe befahl sie, Professoren liierten den Prolog, Zeitungs- schreiber den Text, die bürgerliche Mameludenschaft die- Statisten, und Menschen, Spiel und Stimmen bewegten sich nach dem Takt, den der Säbel schlug. Die höchsten Dinge der- Menschlichkeit oder die Volksherrschaft zu feiern, war beim- monarchischen Deutschland weder Ursache noch Neigung vor- handen. Es war stets absehbar, wenn es sich um Menschen- rechte und Bürgerfreiheit handelte, stets aber immer in der- vordersten Reihe, wenn es galt, Missetaten an der Mensch- lichkeit, an der Volksherrschaft, an dem Proletariat zu ver- äßen. So konnte an seinen Festen die sozialistische Arbeiterschaft und der fortschrittlich gesinnte Bürger keinen Teil haben, sondern mußte ihnen gleichgültig, wenn nicht mit Scham und Ekel gegenüberstehen. Eine meeresstiefe Kluft hatte sich zwischen der Gefühls- und Gedankenwelt der Ober- schiebt und der Unterschicht aufgetan. Wo der Versuch der- Überbrückung gemacht wurde, ist er kläglich gescheitert. Die- Oberschiebt hatte ihre Sache auf die Gewalt gesetzt. Die- Gewalt wurde als die Mutter aller Dinge gefeiert, das Kaiser- reich als Gottesreich gepriesen. Ein mehr händischer wie- dämlischer Gelehrtenstolz verbreitete diesen namenlosen Wahnsinn in Wort und Schrift. Die Masse des Bürgertums, feig wie immer, hatte gegen den verbrecherischen Humbung nichts in- Erinnerung. Sie sah in dem sich runden Bauche und dem- strogenden Beutel den Beweis für die Richtigkeit der- Gewalttheorie. Sie reichte kurzerhand alle die in die Reihe der- Völlger und Vaterlandsfeinde, die vor dem Gewaltwahn wärnten. Freilich, die vollständige Widerlegung der Warner war noch zu vollbringen. Das sollte, das konnte nur durch die- Anwendung der Gewalt, durch den Krieg geschehen. Diese- Gelegenheit ist, wie alle Welt weiß, gekommen. Wäre der- deutschen Herrscherlaste die große Beweisführung, der Welt- krieg, geglückt, das Gottesgnadentum hätte einen schwerlich- jemals wieder zu verwischenden Triumph erlebt, die Gewalt wäre als Schöpferin alles Guten, die gepanzerte Faust als Segenspenderin freischend besungen worden. Für Geistesfreiheit, Bürgeradel, Demokratie hätte sich keine Stimme mehr unge- strast erheben dürfen. In deutschen Landen wäre fortan jede- Bestrebung um die edelsten Dinge des Menschen und Bürgers platterdings unmöglich gewesen. Allein die Gewalttheorie ist durch das Gottesurteil, den Krieg, nicht bestätigt, sondern so- vollständig wie nur möglich widerlegt worden. Der jurdich- bare Wahnsinn ist zerstört, das Gottesgnadentum flug in die- Gasse. Daß aber seine Verfechter und Anbeter geistig gesund geworden wären, läßt sich tatsächlich nicht behaupten. Sie, die- Unheilbaren, richten den Blick noch ebenso starr wie ehemals dem- Vormärz zu und kein Fehlschlag vermag sie, wie es scheint, zu- überzeugen, daß ihres Reiches Herrlichkeit unwiederbringlich- dahin ist.

Auch diesen 9. November werden die Zeitungen und Menschen, die von den Ruhmstörern des Obrigkeitsstaates geistig- und sonstwie ausgehalten werden, nicht vorübergehen lassen, ohne Vergleiche zwischen dem Eins und Fest zu ziehen. Sie werden uns weismachen wollen, an der Markentwertung, dem steigenden Glend, der Proletarisierung der Mittel- schichten seien vor allen Revolution und Republik schuld; sie werden uns vorwarnen, wenn der oberste Kriegsherr mit seinem mächtigen Heer noch da sei, wir uns eines glücklicheren Daseins erfreuen würden. Das werden sie bestimmt erzählen, aber ebenso bestimmt werden sie sich hüten zu sagen, daß wir unsere vielgestaltige Drangsal eben gerade dem Kriegsherrn

und seiner Sippe in erster Linie verdanken. Für die sozia- listischen Arbeiter werden die Mattenjäger der Monarchie jreilich umsonst flöten, da sie sich über die eigentlichen Urheber von Weltkrieg und Versailler Frieden vollständig im klaren sind, wie über das, was ihnen der Obrigkeitsstaat brachte und was die Republik.

Gewiß hat die Republik lange nicht das erfüllt, was die sozialistische Arbeiterschaft von ihr füglich erwarten durfte. Auch wenn sie die Wirkungen oder Hemmungen des Ver- sailler Vertrages, die immerwährenden Störungen von außen, die Folgen des vierjährigen Krieges und seiner Fortsetzung, des Friedens, überdroll in Rechnung stellt, bleibt noch ein- erklarerlicher Teil von Erwartungen, der unerfüllt ist. Dem Unbefriedigten ist mit dem Hinweis auf die beispiellos- schlimme wirtschaftliche Lage oder auf die Rücksichtslosigkeit der- Sieger nicht zu begegnen, da es aus Unterlassungen quillt, die von wirtschaftlichen Nöten nicht geboten werden. Des Deutschen Reich, zumeist zu spät zu kommen, scheint allen- unsern bisherigen republikanischen Regierungen erschreckend viel- befehrt zu sein. In der Festigung des neuen Staates haben alle Regierungen eine straf- fällige Saunjeligkeit sehen lassen. Was ist nicht beim Kapp-Putsch an Maßnahmen gegen die monarchischen- Untriebe feierlich versprochen worden? So viel wie nichts ist- geschehen. Als Erzberger zu den Toten gereiht, wurde auf- neue heilig geschworen, daß es nunmehr mit der am- lichen Nachsicht gegen das monarchische Gejuchst vorbei sei. Auch diesmal geschah so viel wie nichts. Dann erst, nachdem Rathenau, der feinsten republikanischen Köpfe einer, von Mörderhand vernichtet, raffte sich die Regierung zur Tat auf. Was aber die Tat hätte erreichen können und müssen, wird durch ihre Ausführung verfehlt, das heißt, der Staats- gerichtshof entpuppt sich in der Praxis eher als ein Schutz- mittel der republikanischen Verschwörung, denn als Schutz- mittel der Republik. Anstatt einen ernsten Versuch zu machen, den- Schiefer der Verschwörerbande zu listigen, ihre Hintermänner und Geldgeber zu entlarven, hat der Staatsgerichtshof sie eher noch besser verdeckt. Jedenfalls hat seine Unzulänglichkeit, juristische Sachlichkeit genannt, die Latenlust unserer Faschisten eher gestärkt, als geschwächt.

An der sozialistischen Arbeiterschaft liegt es sicher nicht, daß die Republik noch dermaßen viel Mängel aufweist. Wann immer sie von den schwarzen Raben der Reaktion bedroht war, hat sie sich einhellig zu ihrem Schutze erhoben und die Ministerien aus ihrer - selbstverschuldeten - Zwangslage befreit. Zu ihrem Tun wurde sie wahrhaftig nicht von Ehrfurcht von der jeweiligen Regierung bestimmt; dies schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil keine der Regie- rungen sich geziemend Ehrfurcht erworben hatte. Die Arbeiterschaft schätzte die Republik um der proletarischen Sache willen. Der nämliche Beweggrund wird sie auch fürderhin kampfbereit halten. Die Arbeiterschaft weiß wohl, daß die Republik, so rück- ständig, mangelhaft, fehlerreich sie auch noch ist, sie dennoch dem Obrigkeitsstaat himmelhoch überlegen ist. Sie weiß, daß an dem allergrößten Teil des heutigen Glends das alte Regime und seine herrschende Sippe schuld ist. Sie ist voll- kommen überzeugt, daß wenn die Republik von der Monarchie verdrängt werden würde, sich zu der wirtschaftlichen Not die Drangsal der Kaserne und des Säbels fügte. Die Monarchie hat während der langen Jahrhunderte ihres Bestehens für die arbeitende Klasse nichts, aber auch gar nichts getan, um irgendwelche Zuneigung zu verdienen, umjomehr aber, um mit jeder Personensajer gehaßt zu werden. Wenn der Obrigkeits- staat noch bestünde, die Dual des arbeitenden Volkes wäre gar nicht auszudenken. Es hätte zu der jetzigen schweren Last auch noch die Gottesgnadlinge mit ihrem Heerbaun von Schranzen, Maitreffen und Feldwebeln zu ertragen, die Schmach der Kaserne blähte wieder auf, die Justizhande würde noch ärger, die Ausbeutung desgleichen; der Mann der Freiheit und des Fortschritts hätte wiederum keine bleibende- Stätte im deutschen Lande. Und um den Achtstundentag, das Mitbestimmungsrecht, die politische Gleichberechtigung wäre es über Nacht geschehen. Wir würden einmal mehr von den- Gastehern im Tiergarten des Gottesgnadentums regiert. Dessen ist sich die Arbeiterschaft vollzuj bewusst. Es gelästet ihr nicht nach der Wiederkehr des obrigkeitsstaalichen Hölle- nspuhls. Sie zieht diesem die Republik mit allen ihren Fehlern vor. Sie wird sie nicht nur, wie bislang, mit allen Kräften verteidigen, sondern sie auch mit allem Nachdruck ausbauen, wohnlicher machen und befestigen. Denn für die sozialistische Arbeiterschaft ist die demokratische Republik die Vor- bedingung der Erfüllung ihres höchsten Zieles. Ohne volle politische Freiheit und Gleichberechtigung keine wirtschaftliche- Erlösung.

Sind die hohen Eisenpreise berechtigt?

Von F. Weimann, Düsseldorf.

Sind die hohen Eisenpreise berechtigt? Das ist die Frage, die heute aus jedem Munde stingt. Man spricht allgemein von einer mucherhaften, jeder Militär für und Tor öffnenden Preis- festsetzung, die ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Herstellungskosten erfolgt. Die Empörung der Bevölkerung findet oft in- heftigen Schimpfworten ihren Ausdruck. Man kann das ver- stehen, zumal das Einkommen der Verbraucherschaft mit der Preisbewegung nicht gleichen Schritt hält. Auch sind ihr die- wirklichen Selbstkosten viel zu wenig bekannt, um eine berechtigte- oder nichtberechtigte Preissteigerung beurteilen zu können.

Die Selbstkosten sämtlicher Produkte setzen sich zusammen aus den Rohstoffen und den Herstellungskosten, sowie der zur- Führung des Betriebes und dem Vertrieb der Waren notwendigen- Handlungskosten. Was die Rohstoffe für Eisen anbelangt, so ist- jedem bekannt, daß sie, infolge Verlustes des lothringischen- Minettegebietes, fast ausschließlich vom Ausland bezogen werden- müssen. Dieser Teil der Selbstkosten bildet bei Eisen den Haupt- anteil. Er muß, da vom Ausland kommend, bei der Selbstkosten- berechnung nach dem jeweiligen Weltmarktpreis für Stabeisen- Ter seit dem 18. Oktober gültige Weltmarktpreis für Stabeisen- von 81200 Mk. beruht auf einem Kurse von 1062,22 des- holländischen Gulden. Die Selbstkosten setzen sich wie folgt zu- sammen:

1. Auslandsberge, 77 v. D. des Gesamtverzbrauchs	87388
2. Inlandsberge, 23 v. D.	2000
3. Frachten	6890
4. Löhne und Gehälter	4745
5. Kohlen, 2,75 Tonnen	13901
6. Betriebsmaterialien, Erfab- und Reservestelle	9524
7. Feuerfestes Material	1866
Gesamtkosten	78054
Abzüglich Ausschritt für Rückgewinnung von- Nebenprodukten	8948
Verbleiben reine Selbstkosten	67106
Dazu für Verlesererkennung 10 v. D. der Selbst- kosten	6710
Summe der Selbstkosten	73816
Dazu für Gewinn und Umsatsteuer für Ver- kauf 10 v. D.	7382
Ergibt einen Verkaufspreis von	81200

Es ist notwendig, die einzelnen Selbstkostenbeträge etwas näher zu betrachten, um zu prüfen, ob der hierfür angelegte Betrag den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

1. Auslandsberge. Die hierfür angelegte Summe ergibt sich rein rechnerisch aus der Umrechnung der Auslandsbergpreise frei- Verbrauchsstelle. Da die Wälate im wesentlichen von den an- die Entente zu leistenden Verpflichtungen beeinflusst wird, so sind die- Möglichkeiten, sie günstig zu gestalten, gering. Hierbei muß erwähnt werden, daß sich die im Ausland gültigen Grundpreise gegenüber der Friedenszeit um etwa 50 v. D. verteuert haben, was besagt, daß die Steigerung hierfür gegenüber der Vor- kriegszeit um etwa 50 v. D. höher ist als die Devisensteigerung. Wenn wir also feststellen, daß die Mark nur den 600. Teil an Wert hat, so haben sich die Kosten hierfür um den 600fachen Betrag des Friedenspreises mehr 50 v. D. gesteigert, das ist gleich dem 900fachen. Die Richtigkeit dieses Betrages wurde bei einer ganzen Reihe von bearbeitenden Werken festgestellt, wobei- geringe Schwankungen natürlich sind.

2. Inlandsberge. Der Anteil des Inlandsberges ist nur etwa 23 v. D. des Gesamtverzbrauchs und setzt sich aus allen- möglichen Erzsorten zusammen. Die Summe von 2000 Mk. baut sich auf einem Preis für Siegerländer Hoispat von 7200 Mk. die Tonne auf, ein Preis, der heute bereits weit überholt ist, jedoch also dieser Betrag nach heutiger Berechnung zu niedrig eingestuft ist. Es muß hierbei jedoch erwähnt werden, daß der- Eisenerzbergbau der freien Bewirtschaftung unterliegt, was für die Preisfestsetzung für Eisen ein großer Mangel ist.

3. Frachten. Es ist hier eine Durchschnittsfracht angelegt für die Werte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, und zwar nach den neuesten Frachtsätzen ab 16. Oktober.

4. Löhne und Gehälter. Dieser Posten interessiert die Arbeiter am meisten. Die Summe von 4745 Mk. ist gegenüber den hohen Eisenpreisen ganz unbedeutend. Sie beträgt noch nicht 6 v. D. Es sind allerdings nur die Löhne und Gehälter, der- eigenen Betriebs berücksichtigt, während bekanntlich in allen- anderen Posten auch Löhne stecken, die vom Bergbau, der Eisen- bahn und bei der Herstellung des Betriebsmaterials gezahlt werden, sodas der wirkliche Lohnanteil an einer Tonne Eisen- wesentlich höher ist. Nehmen wir an, daß der Durchschnitts- verdienst der gesamten Arbeiterschaft eines Walzwerkbetriebs gegenwärtig etwa 80 Mk. beträgt, so folgert daraus, daß zur- Herstellung einer Tonne Stabeisen etwa 60 Lohnstunden auf- gewendet werden müssen. Das bedeutet, daß für jede Tonne Lohn- steigerung in der Summe sich die Selbstkosten um etwa 60 Mk. erhöhen, vorausgesetzt, daß eine derartige Lohnsteigerung nur in der Hütten- und Walzwerkinindustrie vorgenommen wird. Da jedoch eine Lohnsteigerung in fast allen Industrien mehr oder- minder gleichmäßig erfolgt, so verteuern sich dadurch alle anderen- Posten.

5. Kohlen. Bei einer ganzen Reihe von Betrieben wurde ermittelt, daß zur Herstellung einer Tonne Stabeisen 2,75 Tonnen Kohlen erforderlich sind, 2,75 Tonnen Kohlen zum heutigen Preis für Feisförderkohle ergibt die Summe von 13901 Mk. Der Kohlenanteil spielt also bei den Selbstkosten die zweitgrößte Rolle.

Lehrlingselend

Seit Jahren wird von den Gewerkschaften die Besserung der Lehrverhältnisse angestrebt. Doch von den Unternehmern, insbesondere von den Innungsmeistern wird dagegen Sturm gelaufen. Von ihrem Standpunkt aus kann man das verstehen, weil, wenn den Wünschen der freien Gewerkschaften Rechnung getragen werden muß, die zum Himmel schreiende Lehrlingszucht und Ausbeutung dann aufhört. Auch hat vor einiger Zeit der deutsch-nationale Abgeordnete und Innungsmeister Wiener ein Loblied auf die ehrbaren Handwerksmeister gesungen, die für den Nachwuchs des Handwerks besorgt seien, sich auch bemühten, die Lehrlinge zu tüchtigen Handwerkern heranzubilden. Gewiß, es gibt noch Meister, die sich der Verantwortung bewußt sind, die sie dem Lehrling und dessen Eltern gegenüber eingegangen sind. Diese Meister sind aber sehr selten. In den allermeisten Fällen wird an den Eltern und auch an dem Lehrling, offen gesagt, Betrug verübt. Die Eltern bringen ein Opfer in der Erwartung, daß ihr Kind später als Handwerker ein etwas besseres Leben führen kann wie sie selbst; der Jüngling lebt in der Hoffnung, nach überstandener Lehrzeit ein Handwerk gründlich erlernt zu haben. Doch nach Jahren von Opfern und Mühen sind beide sehr enttäuscht.

Allein in Minden haben in diesem Frühjahr von sämtlichen ausgeleiteten Lehrlingen in der Metallbearbeitung 30 als Kanak- oder Hilfsarbeiter im Wäuserhof ihren Unterhalt suchen müssen, weil sie nichts gelernt hatten. Der „goldene Boden“ des Handwerks, von dem sie jahrelang geträumt hatten, ist nicht mehr vorhanden, weil die Beherrschten so gewissenlos waren, die jungen Leute ohne Entschädigung oder gegen geringe Bezahlung als billige Arbeitskräfte 3 bis 4 Jahre auszunutzen. Im Bezirk Minden sinkt das Lehrlingswesen zum Himmel. Anderswo wird es wohl nicht besser sein. Der dort von der Handwerkskammer geltende Lehrvertrag zeigt einen jämmerlich, ihn humoristisch zu behandeln. Nur ein Paragraph soll erwähnt werden: daß der Lehrling das Lehrverhältnis nicht aufrechterhalten braucht, wenn er gestorben ist. Dann ist der Lehrling wenigstens von seiner Qual erlöst.

Die Reichsregierung hat vor Jahren die gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens in Aussicht gestellt. Sie hat es aber mit der Einführung des Versprechens nicht eilig. Will man einen gesunden Nachwuchs von Facharbeitern schaffen, und den haben wir sehr nötig, dann muß auf diesem Gebiet schnelle und ganze Arbeit geleistet werden. Dann darf es nicht vorkommen, daß das Reichsarbeitsministerium einen einstimmig gefaßten Schiedsspruch vor dem Reichstamm in Dortmund, für den die Verbindlichkeitsklärung über die Entlohnung der Lehrlinge in den Fabrikbetrieben der Metallindustrie in Minden und Umgebung beantragt war, die Verbindlichkeitsklärung ablehnt. Über der Schlichtungsausschuss in Minden hat einstimmig erklärt, daß die Regelung der Lehrlingslöhne notwendig sei, um der Lehrlingszucht und Ausbeutung Einhalt zu gebieten.

Wir wollen einmal an den handwerksmäßigen Betrieben im Bezirk Bielefeld zeigen, wie die Lehrlingszucht dort blüht. Zu diesem Behufe lassen wir nur aus vier Orten die Zahl der Geschäfte, Gehilfen und Lehrlinge sowie deren Entschädigung folgen. Schloffer und Waußloffer:

Betriebe	Gehilfen	Lehrlinge	Entschädigung im Lehrjahre	Verien
Bielefeld	25	60	130 0,20 0,22 1/2 0,30 0,35 d. Stb.	keine
Münster	88	225	2, - 3, - 4, -	-
Dsnabrück	22	23	85 - 125, - 175, - 250, - i. Jahr	-
Minden	16	104	168 erhalten nichts, nur Lohngeld	-

In Minden bei der Firma Heller sind 2 Gehilfen und 18 Lehrlinge, bei der Firma Weber 2 Gehilfen und 8 Lehrlinge, bei Schröder & Sohn 2 Gehilfen und 12 Lehrlinge, bei J. Voles 1 Gehilfe und 8 Lehrlinge, bei J. Feyen 1 Gehilfe und 11 Lehrlinge, bei J. Kayser kein Gehilfe und 12 Lehrlinge. Hier bildet wohl die Meisterin die Lehrlinge aus, wenn der Meister auf Kundschaft ist.

In den Bielefelder Lehrverträgen ist die Entschädigung für die Lehrlinge im 1. Jahre auf 5 M., im 2. Jahre auf 7 M., im 3. Jahre auf 10 M. und im 4. Jahre auf 15 M. die Stunde festgesetzt, doch haben sich die Meister angestrengt, der teuren Zeit zu der heroischen Tat aufgeschwungen, die oben stehenden Entschädigungen zu geben. Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!

Huf- und Wagenschmiede:

Betriebe	Gehilfen	Lehrlinge	Entschädigung im Lehrjahre	Verien
Bielefeld	80	10	60 7, - 9, - 12, - 15, - d. Woche	keine
Minden	2	18	26 15, - 20, - 25, - 30, -	-
Münster	8	-	35 nichts festzusetzen	-
Dsnabrück	25	28	68 100, - 200, - 300, - 400, - im Jahr	-

In den kleinen Orten sieht es noch trauriger aus, als aus vorstehender Zusammenstellung hervorgeht.

Reinpuer und Installateure:

Betriebe	Gehilfen	Lehrlinge	Entschädigung im Lehrjahre	Verien
Bielefeld	47	110	7, - 9, - 12, - 15, - d. Woche	keine
Minden	8	82	48 - 5, - 10, - 15, - 20, -	-
Dsnabrück	27	43	78 10, - 15, - 20, - 25, -	-

Die Handwerkskammer in Bielefeld hat die Entschädigung für die Lehrlinge festgesetzt und sie wird nur selten überschritten. Im Feilenhauerberufe kommen für Bielefeld 10 Betriebe mit 5 Lehrlingen in Frage und erhalten sie im 1. Jahre 25 M., im 2. Jahre 37 M. und im 3. Jahre 55 M. pro Stunde. Zwei ältere Lehrlinge (18 bis 23 Jahre) erhalten 2,25 bzw. 3,85 M. die Stunde. Die Lehrlinge erhalten 6 Tage Ferien. In Herford ist ein Betrieb mit einem Lehrling. Derselbe erhält im 1. Jahre 6, im 2. Jahre 7,50,

langer wurden tatsächlich nur auf Grund einer vorhergehenden spezifischen Flora entdeckt. Wie der kürzlich veröffentlichten Abhandlung eines geologischen Instituts zu entnehmen ist, läßt das Auftreten einer als „Flauer Salmei“ bekannten Blume, die vorwiegend in Oberösterreich, Westfalen und Belgien gedeiht, immer auf das Vorhandensein von Zinkzinnsteinen schließen. In der Nähe der westfälischen Stadt Siegen sind die dort in beträchtlicher Ausdehnung vorhandenen Eisenerzlager dadurch kennlich, daß die Erdoberfläche mit Wäldern bedeckt ist, während in der ergrünter Umgebung ausschließlich Buchen und Eichen wachsen. Eine zur Art des Indigos gehörende Staube, die Amorpha canescens, weist in Michigan und Wisconsin immer darauf hin, daß Melilob, das bekannte sulfidische Weiers, sich vorfindet, während in Missouri eine zur Gattung des giftigen Sumachs einzuhührende Pflanze als Indikator für Meiereze dient. Buchen zeigen nebst an, daß Kalksteinlager in der Nähe zu finden sind. In Spanien amweist sich ein dem Botaniker unter dem Namen Convolvulus thazoides bekanntes Unkraut sehr nützlich bei der Auffindung von Phosphatvorkommen und, um noch ein weiteres macantes Beispiel anzuführen, in Montana ist das Auftreten der Pflanze Erigonon ovalifolium regelmäßig an das Vorhandensein von Silbererzen geknüpft.

Die Anwendung der Röntgenstrahlen zur Prüfung von Metallen gründet sich auf die Tatsache, daß das Durchdringungsvermögen der Strahlen in hoher Annäherung proportional ist der Dichte der verschiedenen Materialien; so läßt zum Beispiel ein der Strahlen durchtreten, sehr gering ist die Durchdringung bei Schnellstahl, Nickel, Phosphorbronze, gewaltem Kupfer oder Messing, beträchtlich höher ist sie schon bei Kohlenstoffstahl und Schmiedeeisen und am stärksten beim Aluminium. Die Härte und Durchdringungskraft der Röntgenstrahlen selbst hängt einzig und allein vom dem Spannungsunterschied ab, der zwischen den Elektroden der Röntgenröhre besteht. Gewöhnlich wird bei der Materialprüfung mit Spannungen von 200 000 Volt und maximalen Stromstärken von 45 Milliamperes gearbeitet, doch geht man in besonderen Fällen zu noch höheren Spannungen über. Zurzeit werden schon Röhren hergestellt, die für eine gesamte elektrische Leistung von 14 Kilowatt bemessen sind und es ermöglichen, Cylinderschilde von 1 Dezimeter Stärke zu

im 3. Jahre 9 M die Woche und im 4. Jahre richtet sich die Entschädigung nach der Leistung. Auf Vollständigkeit kann diese Aufstellung nun zwar keinen Anspruch machen, allein sie genügt, zu zeigen, daß erbärmliche Zustände bestehen und daß es der Mehrzahl der Eltern einfach nicht möglich ist, die Söhne zu nähren und zu kleiden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Gesetzgebung hier eingreift, weil sich die Unternehmerrseite vom Großfabrikanten bis zum kleinsten Truchtrauer, ja auch die Handwerkskammer einer Besserung der Lehrverhältnisse widersetzen. Die Handwerksmeister wollen sich das Privileg der Ausnutzung der Lehrlinge nicht nehmen lassen. Für sie ist die unerhörte Ausnutzung der Lehrlinge der goldene Boden des Handwerks.

Die Steigerung der Kohlenproduktion

Zu den wichtigsten Problemen der Wiederherstellung der deutschen Produktionskraft gehört zweifellos die Frage, wie die Kohlenproduktion gehoben werden kann. Der katastrophale Druck, der teils infolge der Reparationszahlungen, teils infolge anderer Störungen auf der deutschen Zahlungsbilanz lastet, der den Wert der Mark immer mehr zusammenschrumpt, zwingt zu der Überlegung, wie es möglich ist, die Einfuhr ausländischer Kohlenstoffe auf ein Mindestmaß zu beschränken, den Produktionsgrad aber und damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft auf dem Gebiete der Waren- und Dienstleistung zu steigern. Wenn der Wert der Mark auf weniger als ein Prozent Pfennig zurückgegangen ist, so können wir es uns einfach nicht mehr leisten, Kohle, die im Ausland produziert werden kann, gegen hochwertige Devisen aus dem Ausland einzuführen.

Nun haben sich kürzlich die Bergarbeiter zu Übersichten bereit erklärt. Der Erfolg dieser opferwilligen Tat wird aber erst allmählich sichtbar. Und auch er löst das Problem nur teilweise. Woran es Deutschland fehlt, das sind neue Schächte. In und nach dem Kriege hätten, legt man die Erweiterung der inländischen Produktion in den letzten Jahrzehnten zugrunde, etwa 40 neue moderne Schachtanlagen entstehen müssen, um ältere Schächte ersetzen zu können. Statt dessen sind erst in der allerletzten Zeit von der Privatindustrie neue Schachtbaupläne bekannt geworden und auch diese reichen nicht aus, um den Bedarf nur annähernd zu decken. Wesentlich ist die Errichtung von sechs modernen Doppelschachtanlagen, die zusammen etwa 6 Millionen Tonnen Kohle im Jahr fördern können. Der Bedarf Deutschlands aber ist viel größer. Der empfindliche Schlag, den die Teilung Oberschlesiens der deutschen Kohlenwirtschaft zugefügt hat, kostet uns allein jährlich 2,4 Millionen Tonnen Kohle nach der Förderung des letzten Jahres, nach den Ergebnissen von 1913 jedoch fast 33 Millionen Tonnen Kohle jährlich.

Nach vorstehenden Berechnungen ergibt sich für Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit ein ungeheurer Bedarf an Steinkohle von 44 Millionen Tonnen jährlich, und zwar auch dann, wenn man die erheblich gesteigerte Braunkohlenförderung entsprechend ihrem Heizwert in Rechnung stellt. Zieht man selbst in Betracht, daß durch eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Schachtanlagen und durch die Einführung von Doppelschichten auf den noch mit einfacher Schicht arbeitenden Schächten etwa 30 Millionen Tonnen Kohle mehr als bisher aus den vorhandenen Anlagen herausgewirtschaftet werden können — und es ist fraglich, ob diese Höchstgrenze der Leistungsfähigkeit jemals erreicht werden wird —, so ergibt sich immer noch eine Minderausstattung gegen 1913 von 14 Millionen Tonnen, deren sechs in absehbarer Zeit mit Hilfe der in Bau befindlichen Schachtanlagen aufgebracht werden können, so daß in jedem Falle noch ein Fehlbetrag von 8 Millionen Tonnen verbleibt.

Die Kohlenbedeckung der deutschen Wirtschaft ist also zu kurz. Aus diesem Grunde hat das Reichswirtschaftsministerium Vorschläge ausgearbeitet, die durch die Erschließung neuer Schachtanlagen eine Erhöhung der Kohlenproduktion auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage anstreben. Die Lausache, daß die Steigerung der Produktion hier unter Ausschluss des Privatprofits gesucht wird, hat natürlich sofort den Widerspruch der Kohlenbarone herausbeschworen. Wesentlich ist die Ausbringung der geeigneten neuen Mittel, die für diesen Zweck erforderlich sind und zu deren Beschaffung das Privatkapital kaum imstande ist, durch Abgabe an die bisher geförderte Kohle, durch Streichung der bisher an die Kohlenproduktionsindustrie gemachte Vergütung für Kohlensteuer oder durch eine besondere Abgabe auf Koks. Jede dieser drei Möglichkeiten würde es gestatten, die 16,5 Millionen Goldmark, die zur Wiederbringung eines neuen Schachtes erforderlich sind, in einem Jahre aufzubringen, ohne den Verbraucher erheblich mehr als bisher zu belasten. Der Fonds, der so geschaffen wird, müßte gemeinwirtschaftlich verwertet werden. Hierbei ist zu beachten, daß die öffentliche Hand einer der größten Kohlenverbraucher ist, daß insbesondere bekanntlich die Reichsbahn einen gewaltigen, von der Förderung des Inlands nicht vollständig gedeckten Bedarf an Kohle hat. Der preussische Fiskus hat durch den Verlust von Ostoberschlesien erhebliche Einbußen an Erträgen erlitten. Es wäre daher nichts mehr als begründet, wenn man Reich, Reichsbahn und preussischer Fiskus zusammen mit der Herstellung neuer Schachtanlagen betrauen würde, die auf diese Weise in den Händen der Gemeinshaft blieben.

Daß ein solches Projekt auf den Widerstand der Kohlenbergbauindustriellen stößt, ist begreiflich. Die Arbeiterschaft aber, die eine Überführung des Kohlenbergbaus wie überhaupt der Bodenschätze in die Gemeinwirtschaft wünscht, hat alle Veranlassung, sich hinter diesen Vorschlag zu stellen, der durch die Gemeinwirtschaft und ohne irgendwelche gewagten Experimente die Steigerung der Produktion unseres wichtigsten Rohstoffes ermöglicht.

Menschen hassen, was sie nicht fassen.
Die Freiheit besteht darin, nur von den Gesetzen abzuhängen.

durchleuchten. In der Regel ist die Anordnung so getroffen, daß die von der Röhre ausgehenden Strahlen zunächst auf den zu untersuchenden Gegenstand austreten und dann einen auf der Rückseite angebrachten, mit Bariumplatincyanür überzogenen Schirm zur Phosphoreszenz erregen; man kann die Strahlen aber auch auf die photographische Platte einwirken lassen. Falls die Materialien nur geringe Dichte besitzen, sind verhältnismäßig weiche Strahlen ausreichend und die Prüfung erfolgt am einfachsten und billigsten durch Beobachtung des auf dem Schirme sich zeigenden Röntgenbildes. Sind sehr viele Teile zu untersuchen, so werden diese mit Hilfe eines endlosen Förderbandes unter dem Schirme vorbeibewegt. Um bei Verwendung sehr harter Strahlen jegliche Gefahr für den Beobachter auszuschalten, wird hier das Röntgenbild nicht direkt, sondern unter Verwendung eines Spiegels und eines feillich aufgestellten Fernrohrs betrachtet. Man prüft heute unter Verwendung von Röntgenstrahlen Holz auf das Vorhandensein schlechter Stellen im Innern, stellt bei fertigen Holzteilen schlecht geleimte Stellen, bei Porzellanisolatoren feine Risse fest, untersucht die Güte der Isolierung von Fahrtrabahren, fahndet auf kleine Hohlräume in elektrisch geschwächten Stahlplatten, in Eisenbahnradern usw. Wird eine bleibende Abbildung gewünscht, so bedient man sich der photographischen Platte, und zwar stellt man, um die genaue Lage der feinsten Stelle zu ermitteln, zwei Bildhilder her, die man her nach im Stereoskop betrachtet. Damit die Reiz des Lichts möglichst stark abgeleitet wird, benutzt man besondere Platten, die mit einer dünnen Schicht einer phosphoreszierenden Substanz überzogen sind, und kauft diese vor dem Entwickeln durch Eintauchen in warmes Wasser. Die Materialprüfung vermittelt Röntgenstrahlen selbst erst in den Anfängen der Entwicklung und hat bisher nicht immer zufriedenstellende Ergebnisse geliefert. Eine Schwäche besteht darin, daß die Strahlen beim Auftreffen auf die verschiedenen Materialien eine Sekundärstrahlung hervorbringen können, die, wenn sie auf die photographische Platte zurückfällt, Flecken und Risse erzeugt und dadurch die Ergebnisse verschlechtert; besonders schwierig ist die Auffindung kleinerer Hohlräume, weil diese der Strahlung gegenüber durchlässiger sind. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die Untersuchung der kristallinen Struktur der Metalle durch Röntgenstrahlen einleitet Licht werfen dürfte auf die grundlegende Wirkung des Lichts und

Angriffe auf die Freizügigkeit

Die Arbeitskraft ist das einzige, über das der Arbeiter frei verfügt, ein Recht, das ihm ausdrücklich in der Verfassung garantiert ist. Durch Geheimabmachungen versuchen die Unternehmer, die Freizügigkeit zu unterbinden, was nachfolgendes Schreiben, das in unseren Besitz gelangte, beweist:
Stendal, den 4. Juli 1922.
Stendal.

Wir und unsere Stendaler Mitglieder mitteilen, weshalb die Metallarbeiter öfters innerhalb Stendals ihre Arbeitsstelle, um auf diese Weise in den Betrieben, in welchen momentan der höchste Lohn gezahlt wird, unterzukommen.
Wir erlauben uns daher die ergebene Anfrage, ob Ihr Werk sich nicht damit einverstanden erklären würde, daß, wie dies bereits früher üblich war, vor Einstellung von Stendaler Arbeitern bei der Erlöschung der betreffenden Firma, bei der sich die Arbeiter befinden, Erlöschungen eingezogen würden, ob die Leute entbehrlich sind. Auf diese Weise würde ein gegenseitiges Wegengagieren vermieden werden. Sollten Sie mit vorstehendem Vorschlag einverstanden sein, würden wir unsere Mitglieder diesbezüglich unterrichten, gleichzeitig würden wir es, was wir bereits telephonisch angetragen, angenehm begrüßen, wenn Sie Ihren Beitritt zum Arbeitgeberverband erklären.
Gerade bei den zurzeit leider allmonatlich erfolgenden Verhandlungen mit dem DAV wäre ein enges Zusammengehen selbst bei anderweitig sachverbindlichen Ansprüchen mehr denn je geboten, so sind ja auch unter anderem die Württembergische und die Badische Arbeitervereine, die Mitglieder eines jährlichen Baukostenbeitrages Mitglieder unseres Verbandes.

Das beschriebene Verfahren widerspricht den guten Sitten und muß von unsern Kollegen aufs schärfste bekämpft werden. Erzwungene Rechte dürfen nicht verloren gehen.

Zu beachten ist die Mahnung der Arbeitgeber, sich zur Sicherung ihres Vorteils und ihres Ausgens dem Verband anzuschließen. Die Unternehmer wissen, daß in der Geschlossenheit die Macht liegt, während es noch Arbeiter gibt, die glauben, daß sie als Unorganisierte ohne Anhang kleiner, bedeutungsloser Gilden und Organisationsen sich besser dienen könnten. Nur große geschlossene Verbände können die Versuche der vereinten Unternehmer siegreich abzuwehren.

Syndikalisten in der Praxis

In den märkischen Eisenwerken, Spandau, Schifferstr. 1, sind etwa 600 Metallarbeiter beschäftigt, von denen 400 Syndikalisten, 60 freigezwecklich organisiert und der Rest unorganisiert ist.
In der Abteilung Werkzeugbau verlangten die Syndikalisten die Gleichstellung der Entlohnung mit den Arbeiterarbeitern. Die Firma lehnte dies ab und entließ die in Frage kommenden 80 Werkzeugmacher, Schloffer und Dreher. Von diesen 80 waren 23 Mitglieder unserer Organisation und wir erklärten diese Kollegen als ausgegrenzt. Durch Vermittlung eines Herrn Seemann war die Firma in der Lage, etliche alte Funktionäre als Streikbrecher zu bekommen, was den Syndikalisten eine ungeluckte Angst hervorrief. Den freien Gewerkschaften gelang es jedoch, in einer Betriebsversammlung die Belegschaft davon zu überzeugen, daß es unwürdig wäre, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten, und deshalb traten am 11. Oktober 1922 alle übrigen Beschäftigten in den Sympathieteil.

Obwohl nun in den Streikversammlungen die Syndikalisten vom Kampfgeist sprachen und immer betonten, der Kampf müßte bis zum siegreichen Ende durchgehalten werden, eilten ein paar Tage darauf der Betriebsobmann Georg Döschla mit mehreren Gleichgesinnten ohne Wissen der Streikleitung zur Direktion (wo gerade Geburtstag gefeiert wurde), um bei Bier und Zigaretten gemeinsam mit der Firma den Kampfabbruch zu beschließen. Am Tage darauf kamen diese kampfbereiten Syndikalisten unter Führung der Kollegen S. Altsch und W. Müller in das Streiklokal geführt und riefen: „Wer will arbeiten?“ Deshalb zur Rede gestellt, antworteten die Beteiligten: „Syndikalismus heißt Selbstbestimmung; wir haben über uns selbst bestimmt.“

So verhalten sich diese Klassenkämpfer in der Praxis. Organisierte Arbeiter, merkt euch das, wie diese Gelder in den Betrieben auch vom Arbeiter betören wollen, und reißt ihnen die Wirtsfärmasse vom Gesicht.

Gesellenstück

In Nr. 37 der M.-B. hat Kollege Weinauge (Essen) auf die Schwierigkeiten der Regelung der Lehrlingsbezahlung selbst durch den Arbeitgeber hingewiesen. Eine andere verbesserungswürdige Sache ist der Brauch des Gesellenstücks. Seine Anfertigung ist noch allgemein üblich. Wie geht das meist vor sich? Nicht nur, daß der Vater des Lehrlings diesen vier Jahre erhalten muß — haben wir doch bis vor kurzem in einer Branche Löhne von 5 M. im ersten bis 20 M. im vierten Lehrjahre gehabt —, nein, er muß auch noch das Material für das Gesellenstück kaufen. Es ist notwendig, festzustellen, daß das Gesellenstück gemacht werden muß, sonst gilt die Lehrzeit nur halb erfüllt.

Besucht man die Ausstellungen der Gewerbeschulen, wo die Gesellenstücke ausliegen, findet man gerade in der Metallbranche sehr oft einen Fehler an den ausgestellten Gesellenstücken mit der Aufschrift: „Verkauflich. Warum? Der Vater hat das Geld für dieses Gesellenstück nur ausgelegt, um es beim Verkauf wieder zurückzuerhalten. Der Vater hat aber kein Geld übrig für Material.“

Sehen wir uns nun die Dinge näher an. Ein Klempnerlehrling will einen messingenen Wägenbecher als Gesellenstück herstellen. Die Fachkollegen werden mit bei den heutigen Preisen rechtgeben, wenn ich sage, die Rohstoffe kosten hierzu 500 M. Oder er will ein Zinnoberornament oder Spitze herstellen. Das Zinnober und andere Zutaten

Anfassens des Stahls, der Wärmebehandlung der Metalle, des Walzens usw. Hier eröffnet sich ein großes Gebiet für die verschiedensten Untersuchungen, die möglicherweise zu Ergebnissen von größter Bedeutung führen können.

Eine bekannte Firma der Schweißtechnik geht neulichst daran, den vor kurzem von den dänischen Ingenieuren Johnson und A. A. H. ed entdeckten elektrischen Hebeeffekt beim Bau verwickelter Apparate zu verwerten. Das physikalische Prinzip der Entdeckung, worüber in einem der früheren Aufsätze bereits berichtet wurde, sei hier der Vollständigkeit halber nochmals kurz erläutert. Legt man auf die plangeschiffene Oberfläche eines Lithographiesteins, der auf der Unterseite eine feste Metallbelegung besitzt, eine ebenfalls ebene, mit einem Griff versehene Messingplatte und verbindet die beiden Metallplatten über hohe Widerstände mit dem Polen einer Spannungsquelle (es genügt schon ein Gleichstromnetz von 220 Volt), so kauft die obere angelegte Messingplatte an dem Stein so fest, daß das Ganze an dem Griff hochgehoben werden kann. Der Stein fällt hingegen ab, sobald man die Spannung durch Unterbrechung einer der Zuleitungen abnimmt. Der Stromverbrauch bei beschriebener Anordnung ist dabei außerordentlich gering, etwa von der Größenordnung ein Millionstel Ampere. Nach dem beschriebenen Prinzip läßt sich beispielsweise eine kleine handliche Vorrichtung aufbauen, die anzeigt, ob eine Leitung unter Spannung ist. Dieses Leuchtapparat besitzt die Form eines Bleistiftes, enthält einen hohen Widerstand und in Reihe damit einen Stein, dem sich ein mit der Metallhülse verbundenes, sehr dünnes Metallplättchen anschmiegt, sobald man mit der isolierten Spitze des Instruments eine spannungsführende Leitung berührt. Das Metallplättchen schiebt dabei ein farbiges Plättchen vor ein Schauloch an der Oberseite. Erwähnt sei ferner, daß neuerdings die elektrische Anlegung nach Johnson-Methode auch dazu benutzt wird, um Relais, Anrufgeräten, Schneidgeräten und Lautsprecher zu konstruieren. Die Bedeutung der geschriebenen Entdeckung beruht wohl hauptsächlich darauf, mit äußerst geringen Strömen verhältnismäßig große Kraftwirkungen auszulösen, wobei der Widerstand der Zuleitungen praktisch unwesentlich ist.

